



Newsletter 3/2026

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Ernennung von Steffen Bilger zum neuen Bundesverkehrsminister ist eine gute Nachricht für die Befürworter und Unterstützer der Küstenautobahn. Denn der CDU-Politiker hat keinen Zweifel daran gelassen, dass ihm dieses Projekt am Herzen liegt und er es voran bringen möchte.

Diese Personalie war eine von einigen positiven Nachrichten, die die Verfechter der A20 in diesem Jahr bisher erreicht haben. Trotz aller Widerstände geht es mit der Küstenautobahn voran. Unser Engagement lohnt sich und trägt politische Früchte. Darin nachlassen sollten wir nicht.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters. Die nächste Ausgabe soll Mitte Dezember 2026 erscheinen.

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Thorsten Krüger, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter

HERZLICHE EINLADUNG AN ALLE MITGLIEDER:
MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 1. DEZEMBER

Der Förderverein Pro A20 e.V. lädt für den 1. Dezember (Dienstag) zu seiner nächsten Mitgliederversammlung ein. Sie findet um 18 Uhr in den Räumlichkeiten der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven in 27570 Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 6, statt.

PARLAMENTARISCHER ABEND IN BERLIN: REGIONALE WIRTSCHAFT ERHÖHT DRUCK AUF POLITIK



**v.l.n.r.: Michael Blach, Vorsitzender des Fördervereins Pro A20 e.V.;
Tillmann Schütt, Vizepräsident der IHK zu Kiel; Grant Hendrik Tonne,
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen des Landes Niedersachsen;
Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein;**

Dr. Sabine Schulz, Referentin für maritime Wirtschaft und Raumordnung der IHK zu Kiel; Andreas Meyer, Eduard Meyer GmbH; Elisabeth Ahrends, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Oldenburgische IHK; Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr; Andreas Kottisch, Vizepräsident der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven; Tom Nietiedt, Vizepräsident der Oldenburgischen IHK.

Bei einem Parlamentarischen Abend norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHKs) im September in Berlin hat die Wirtschaft Entscheidungen für den Bau der Küstenautobahn A20 gefordert. Die Veranstaltung wurde vom Förderverein Pro A20 e.V. unterstützt. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Verkehrsministern Claus Ruhe Madsen (Schleswig-Holstein) und Grant Hendrik Tonne (Niedersachsen) wandte sich der Parlamentarische Abend an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Im Beisein und im konstruktiven Austausch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Christian Hirte aus dem Bundesverkehrsministerium wurde deutlich: Der Lückenschluss der A 20 ist Voraussetzung für Logistik, Energiewende und Versorgungssicherheit. Außerdem ist diese Autobahn für eine zukunftssteife Hafenvernetzung, den Küstentourismus, für Fahrzeitenreduzierungen und die Entlastung überlasteter Ortsdurchfahrten unverzichtbar.

Drei zentrale Forderungen an die Bundespolitik

Beim Parlamentarischen Abend richteten die Kammern drei zentrale Forderungen an die Bundespolitik:

1. Finanzierung sichern

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimawandel priorisiert der Bund den Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Der reguläre Haushalt des Bundesverkehrsministeriums darf trotz der Implementierung des Sondervermögens nicht gekürzt werden. Vielmehr müssen die regulären Mittel in den Lückenschluss und erforderlichen Ausbau fließen, wie bei der A20.

Nur so können Autobahn GmbH und DEGES die Bauleistungen ausschreiben und den Weiterbau ohne Verzögerungen umsetzen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit.



v.l.nr.: Michael Blach, Vorsitzender des Fördervereins Pro A20 e.V., Emanuel Schiffer, ehemaliger Vorsitzender des Fördervereins Pro A20 e.V. und Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter des Fördervereins Pro A20 e.V.

2. Netz-Resilienz herstellen

Fällt eine Verbindung im Raum Hamburg aus, staut sich der Verkehr in ganz Norddeutschland. Westlich von Hamburg gibt es keine feste Elbquerung. Der gesamte Güterverkehr Richtung Westen muss sich durch das Nadelöhr Hamburg zwängen. Fällt dort eine Verbindung aus, werden die Lieferketten in Norddeutschland und den Küstenregionen erheblich beeinträchtigt.

Die A20 mit dem neuen Elbtunnel bei Glückstadt schafft die dringend benötigte Redundanz im Verkehrsnetz und erhöht die Versorgungssicherheit für Unternehmen und Bevölkerung.

Gerade in Krisen- und Störfällen braucht Norddeutschland eine leistungsfähige Ausweichroute, um Warenströme und Mobilität aufrechterhalten zu können.

3. Schwertransporte für die Energiewende ermöglichen

Rotorblätter für Windkraftanlagen, Trafostationen und Elektrolyseure können vielfach nicht wirtschaftlich oder nur mit erheblichem Aufwand über das nachgeordnete Straßennetz transportiert werden. Für diese Groß- und Schwertransporte fehlt eine leistungsfähige Ost-West-Achse. Die A20 ist der Schlüssel, um diesen Engpass beim Ausbau der Energieinfrastruktur zu lösen. Ohne eine leistungsfähige Verkehrsverbindung verzögern sich Genehmigungen, Transporte und Bauvorhaben – mit direkten Auswirkungen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wasserstoffwirtschaft.

Der zügige Weiterbau der A20 ist deshalb auch eine Investition in das Gelingen der Energiewende und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Norddeutschland.

Statements aus den Regionen

Knud Hansen, Präsident der IHK zu Kiel:

„Der entscheidende Schlüssel für den Norden ist der neue Elbtunnel bei Glückstadt. Er ist die einzige echte Ausweichroute zum Nadelöhr Hamburg.

Fällt dort etwas aus, ist Schleswig-Holstein verkehrlich abgeschnitten. Berlin muss die Voraussetzungen schaffen, damit die Baufreigaben für die baureifen Abschnitte erteilt und die Mittel bereitgestellt werden.“

Tom Nietiedt, Vizepräsident der Oldenburgischen IHK:

„Für die Unternehmen im Nordwesten – von der Ems bis zur Unterweser – ist die A 20 eine zentrale Voraussetzung für leistungsfähige und verlässliche Verkehrsverbindungen.

Sie verbessert die Erreichbarkeit der norddeutschen Seehäfen, entlastet die Ortsdurchfahrten und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Handel, Logistik und Tourismus in der gesamten Region.“

Andreas Meyer, Vizepräsident der IHK Elbe-Weser:

„Ohne die A 20 stecken unsere Unternehmen in der Region fest: Wer von Stade oder Cuxhaven nach Schleswig-Holstein, Skandinavien oder auch nur ins nördliche Hamburg möchte, muss entweder viele Stunden an der Fähre stehen oder den enormen Umweg durch den Hamburger Stau in Kauf nehmen.

Eine zusätzliche feste Unterelbquerung ist für unsere regionale Wirtschaft keine Option, sondern eine dringende Notwendigkeit. Dabei geht es nicht nur um kürzere Strecken und Fahrzeiten, sondern darum, den Wirtschaftsstandort Elbe-Weser und seine Zukunftsfähigkeit zu sichern.“

Andreas Kottisch, Vizepräsident der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven:

„Die A 20 schließt die Lücke im Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen. Wer will, dass der Logistik- und Industrie-Standort Norddeutschland im Wettbewerb mit den westeuropäischen Häfen besteht, muss die Verkehrswege zwischen den Küstenländern ausbauen.“

GEMEINSAMER RUNDER TISCH:

PLANUNGSSTÄNDE DER A26 UND A39 IM FOKUS

Bei einem gemeinsamen Runden Tisch in digitaler Form standen die aktuellen Planungsstände der Autobahnprojekte A26 Ost, A26 West und A39 sowie die drängenden Herausforderungen beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland im Mittelpunkt. Die Industrie- und Handelskammern Elbe-Weser, Lüneburg-Wolfsburg und Hamburg hatten sich mit der Autobahn GmbH des Bundes und der DEGES zusammengeschaltet. Auch zahlreiche Politiker aus Bund und Land folgten der Einladung.

Die Projekte A26 und A39 wurden übereinstimmend als zentrale Bausteine bewertet. Besondere Bedeutung wurde der A26 Ost zugeschrieben, insbesondere im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung rund um die Köhlbrandquerung in Hamburg.

Einer der Schwerpunkte des Runden Tisches lag auf den finanziellen Rahmenbedingungen. Die Notwendigkeit einer auskömmlichen und verlässlichen Haushaltsausstattung für Infrastrukturprojekte wurde intensiv diskutiert.

VERSAMMLUNG DES FÖRDERKREISES FESTE UNTERELBEQUERUNG: PRO-A20-VEREINE RÜCKEN WEITER ZUSAMMEN

Der Förderverein Pro A20 e.V. und der Förderkreis Feste Unterelbequerung e.V. haben eine noch engere Zusammenarbeit vereinbart. Deshalb nahm Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter des Fördervereins Pro A20 e.V., im Juni an der Mitgliederversammlung des Förderkreises in Stade teil.



Ein konkreter Schritt: Der Förderverein wird bei der Werbung für die Petition für die A20 und den zweiten Elbtunnel zwischen Glückstadt und Drochtersen mitgenannt. Diese Petition wurde am 16. März 2026 gestartet und läuft bis Ende Februar 2027.

In den kommenden Monaten soll besonderes Gewicht auf eine verstärkte Ansprache politischer Entscheidungsträger auf Bundesebene gelegt werden. Ergänzend soll eine gezielte Ansprache wirtschaftsnaher Netzwerke erfolgen.

Ein wichtiger Programmpunkt der Mitgliederversammlung war ein Referat von Hans Jürgen Smidt (Foto, im Bild zusammen mit Silke Hauschildt, Vorsitzende des Förderkreises Feste Unterelbequerung e.V.). Der Leiter des Geschäftsbereiches Planung in der Außenstelle Stade der Autobahn GmbH berichtete über den Planungs- und Umsetzungsstand in den einzelnen Planungsabschnitten. Aber er machte auch deutlich, mit welchen Herausforderungen es die Planer zu tun haben. Beispiel: Die Klage des Umweltverbandes BUND gegen den Abschnitt 6 der A20 umfasst rund 1.000 Seiten. Die müssen innerhalb relativ kurzer Zeit gelesen, analysiert und gekontert werden.

HALBJAHRESBILANZ VORGELEGT: NIEDERSACHSENS HAFENWIRTSCHAFT WÄCHST

Niedersachsens Hafenwirtschaft ist trotz schwieriger Marktbedingungen weiterhin auf Wachstumskurs. Darüber hat Seaports of Niedersachsen informiert. Die niedersächsischen Seehäfen sind: Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade und Wilhelmshaven.

Treiber der positiven Entwicklung im ersten Halbjahr ist der gesteigerte Umschlag von Stückgütern und Containern. Der macht rund ein Drittel des gesamten Umschlagsvolumens der niedersächsischen Seehäfen aus. Der Massengüterumschlag zeigt sich leicht rückläufig im ersten Halbjahr.

Plus von 36 Prozent beim Containerumschlag

Mit 31,1 Millionen Tonnen verzeichnet die Gruppe der neun niedersächsischen Seehäfen im ersten Halbjahr 2026 einen Zuwachs von sieben Prozent im seeseitigen Güterumschlag. 29,1 Millionen Tonnen waren es im ersten Halbjahr 2025. Beim Containerumschlag ergibt sich mit 898.211 TEU (20-Fuß-Container) ein Plus von 36 Prozent (erstes Halbjahr 2025: 664.685 TEU).

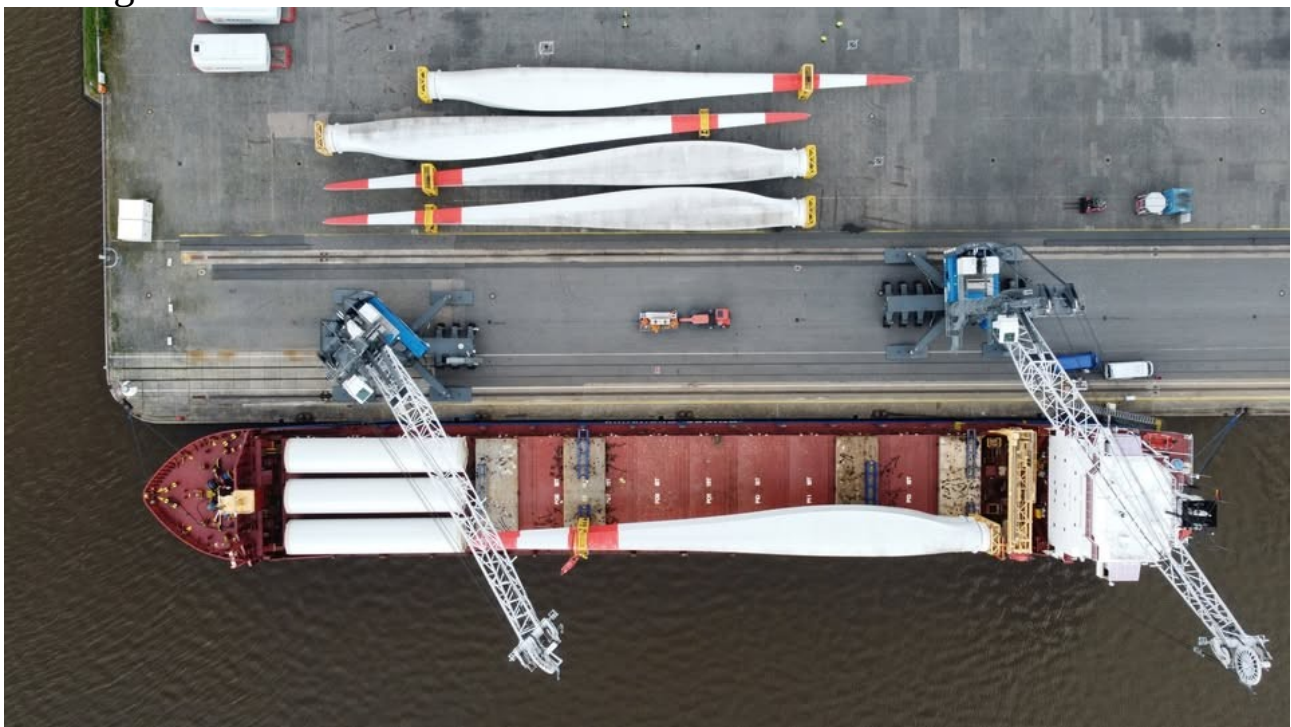
Insgesamt wurden von Januar bis Juni mehr als zwölf Millionen Tonnen Stückgüter (zu denen neben Containern auch Windenergiekomponenten, Eisen, Stahl, Forstprodukte und rollende Ladung gehören) in Niedersachsens Seehäfen umgeschlagen.

Das entspricht einem Zuwachs von 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. (9,6 Millionen Tonnen waren es im ersten Halbjahr 2025.)

Der Umschlag von Massengütern belief sich auf rund 19,1 Millionen Tonnen und liegt damit knapp zwei Prozent unter dem Vorjahresergebnis (erstes Halbjahr 2025: 19,5 Millionen Tonnen).

Onnen-Lübben: Märkte weiterhin unter Druck

Inke Onnen-Lübben, Geschäftsführerin der Seaports of Niedersachsen GmbH, kommentiert die aktuellen Umschlagszahlen: „Insgesamt können wir zur Jahresmitte ein positives Fazit zur Entwicklung des Ladungsaufkommens in den niedersächsischen Seehäfen ziehen.



Nicht zuletzt zeugt dieses von hoher Kundenzufriedenheit, die unsere Hafenwirtschaft durch ein gutes Angebot und flexible Services erreichen konnte. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Märkte weiterhin unter Druck sind.“

Während die Umschlagsvolumen von Containern, Komponenten im Bereich der Erneuerbaren Energien und auch bestimmten Massengütern deutlich gewachsen seien, wirkten sich bei anderen Gütergruppen Zollbeschränkungen, Veränderungen von Warenströmen aufgrund hoher Energiekosten sowie eine überbordende Regulatorik aus. „Nicht zuletzt beeinflusst weiterhin auch die geopolitische Lage die weltweiten Märkte“, so Inke Onnen-Lübben.

STATISTISCHES BUNDESAMT: NOCH NIE SO VIELE AUTOS ZUGELASSEN

Noch nie waren in Deutschland so viele Autos zugelassen wie zu Beginn des laufenden Jahres, informiert das Statistische Bundesamt. Ihre Zahl stieg innerhalb von einem Jahr um rund 200.000 auf 49,5 Millionen. Das entspricht einer Rekord-Fahrzeugdichte von 593 Autos je 1.000 Einwohner. Das waren drei Autos mehr als ein Jahr zuvor.

Die vielen Autos werden auch für mehr Fahrten genutzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde 2024 eine Fahrleistung von 576,3 Milliarden Kilometern absolviert. Das waren 0,9 Prozent mehr als 2023.

INFRASTRUKTUR-ZUKUNFTSGESETZ: SCHWUNG AUCH FÜR DIE KÜSTENAUTOBAHN

Die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven begrüßt das Infrastruktur-Zukunftsgesetz, das am 29. Juli 2026 in Kraft getreten ist. Es schafft die Voraussetzungen dafür, dass dringend benötigte Verkehrs- und Infrastrukturprojekte schneller geplant, genehmigt und umgesetzt werden können.

Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, sagt: „Deutschland braucht wieder mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten. Zu lange Verfahren bremsen Investitionen. Sie belasten Unternehmen und schwächen unseren Wirtschaftsstandort. Das Infrastruktur-Zukunftsgesetz ist deshalb ein wichtiger Schritt zu einem schnelleren und handlungsfähigeren Staat.“

Auch Stichtagsregelung positiv bewertet

Von den neuen Regeln könnten aus Kammer-Sicht viele Vorhaben in Bremen und Nordwestdeutschland profitieren. Dazu zählen neben der A20 die Modernisierung der Häfen in Bremen und Bremerhaven, Maßnahmen an Weser und Unterweser samt Schleusen und Schifffahrtsanlagen, der Ausbau wichtiger Schienenwege für den Güterverkehr sowie Projekte an der A 1, der A 27 und der A 281. Auch marode Brücken ließen sich schneller ersetzen.

Besonders begrüßt die Handelskammer, dass der Gesetzgeber zentrale Infrastrukturvorhaben künftig als Vorhaben von überragendem öffentlichem Interesse einstuft.

Damit wiegen sie bei Planungs- und Genehmigungsentscheidungen schwerer. Das schafft mehr Rechtssicherheit, erleichtert die Abwägung öffentlicher Belange und kann langwierige Verfahren verkürzen.

Außerdem bewertet die Handelskammer die neue Stichtagsregelung positiv. Laufende Planungsverfahren müssen so nicht immer wieder an neue fachrechtliche Vorgaben angepasst werden, wenn sich die Rechtslage während des Verfahrens ändert. Das erhöht die Planungs- und Investitionssicherheit und verhindert unnötige Verzögerungen.

Die Handelskammer sieht das Gesetz als wichtigen Baustein für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Der Hauptgeschäftsführer sagt: „Das Infrastruktur-Zukunftsgesetz greift eine langjährige Forderung der Wirtschaft nach schnelleren und effizienteren Planungsverfahren auf. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an. Bund, Länder und Genehmigungsbehörden müssen die neuen Möglichkeiten nutzen. Sie müssen die Verfahren personell und digital so aufstellen, dass die Beschleunigung bei den Unternehmen ankommt. Deutschland muss wieder schneller planen, schneller genehmigen und schneller bauen. Nur mit einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur behaupten Bremen, Bremerhaven und der Wirtschaftsstandort Deutschland ihre Stärken im internationalen Wettbewerb.“

RECHTSGUTACHTEN FÜR IHK NORD: BUND DARF SEEHÄFEN FINANZIEREN

Ein im August vorgelegtes Rechtsgutachten im Auftrag der IHK Nord stellt die bislang verbreitete Annahme infrage, eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Seehäfen sei verfassungsrechtlich kaum möglich. Die juristische Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass der Bund seine Finanzhilfen bereits auf Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens erhöhen könnte. Das wäre auch ohne Änderung des Grundgesetzes möglich.

Das Gutachten wurde von dem Rechtswissenschaftler Professor Johannes Hellermann aus Bielefeld erstellt.

ALLIANZ DEUTSCHE HÄFEN: VERANSTALTUNG ALS DEUTLICHES SIGNAL



Wer von starken Häfen profitiert, muss sich auch an ihrer Zukunftssicherung beteiligen. Mit einer hochkarätig besetzten Veranstaltung in der Landesvertretung Hamburg in Berlin hat die Allianz „Deutsche Häfen“ ein deutliches Signal an die Bundespolitik gesendet. Unter dem Titel „Wo Resilienz beginnt: Zwischen Energiekrise und Verteidigungspolitik – Die Deutschen Häfen als tragende Säulen einer nachhaltigen Infrastruktur der Zukunft“ stand die zentrale Rolle der Hafeninfrastruktur für die wirtschaftliche Stärke, die Energieversorgung und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands im Fokus.

„No Shipping – no Shopping“

Rund 140 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft folgten im Juni in Berlin der Einladung. Sie diskutierten über die Herausforderungen und Perspektiven der deutschen Häfen im Spannungsfeld von Energiekrise, globalen Lieferketten und veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Einigkeit bestand darüber, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Häfen nur mit klaren politischen Weichenstellungen langfristig gesichert werden können.

Zum Einstieg machte Dr. Melanie Leonhard, Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg, eines klar: „Die Aussage ‚No Shipping, no Shopping‘ bringt es auf den Punkt – Unsere Häfen sind Voraussetzung unserer strategischen Autonomie und ökonomischen Sicherheit. Sie gehören ganz klar in den bundespolitischen Fokus.“

Die Paneldiskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Bundeswehr und Energiewirtschaft verdeutlichten, dass Häfen heute weit mehr sind als klassische Umschlagplätze. Sie sind zentrale Knotenpunkte der Energiewende und zugleich unverzichtbare logistische Drehkreuze für die Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur Deutschlands.

„Ohne Häfen exportieren wir nichts“

Wie eng die Zukunft der Industrie an eine funktionierende Logistik gekoppelt ist, verdeutlichte Dr. Ing. Christian Bruch, Vorstandsvorsitzender Siemens Energy AG: „Wenn Unternehmen weiter in Deutschland investieren sollen, brauchen wir Investitionen in die Hafeninfrastruktur. Denn ohne Häfen exportieren wir nichts.“

Für die Allianz Deutsche Häfen unterstrich Lars Nennhaus, Vorstand Technik und Betrieb Duisburger Hafen AG, die partnerschaftliche Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Häfen: „Wir funktionieren nur gemeinsam. Stottert ein Hafen, stottert die Volkswirtschaft.“

Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne führte aus, dass angesichts der enormen Bedeutung der See- und Binnenhäfen der Beitrag des Bundes im Rahmen des Hafenlastenausgleichs von rund 38 Millionen Euro pro Jahr für alle norddeutschen Bundesländer nicht ausreiche.

Notwendig seien nachhaltige und zukunftsorientierte Finanzierungswege, die den Transformationsaufgaben der Häfen gerecht würden.

Aus militärischer Sicht wurde die fundamentale Bedeutung der Häfen ebenfalls untermauert. Oberst i.G. Armin Schaus, Abteilungsleiter „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im operativen Führungskommando der Bundeswehr: „Wirtschaft muss auch in der Krise funktionieren. Die Häfen sind dabei zentral.“

Vor diesem Hintergrund bekräftigte die Allianz Deutsche Häfen ihren Appell, die See- und Binnenhäfen als strategische Infrastruktur von nationaler Bedeutung anzuerkennen und entsprechend angemessen zu finanzieren.

Unterstützung vom Maritimen Koordinator

Unterstützung für diese Forderung kam aus den Reihen der Politik von Dr. Christoph Ploß, Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft und Tourismus: „Wir brauchen dringend mehr Investitionen in die deutschen Häfen, weil für uns als Exportnation viel davon abhängt. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung beim Sondervermögen.“

Das Credo der Vertreterinnen und Vertreter der Allianz war eindeutig: „Die Bedeutung der Häfen für Deutschland steht in keinem Verhältnis zur bisherigen Beteiligung des Bundes an ihrer Finanzierung. Wer von leistungsfähigen Häfen profitiert, muss sich auch an ihrer Zukunftssicherung beteiligen.“

Ziel der Allianz ist es, die Hafeninfrastruktur als gesamtstaatliche Aufgabe weiterzuentwickeln und ihre Rolle für Wirtschaft, Energieversorgung und Sicherheitspolitik deutlich zu machen und zu stärken.

Der Allianz gehören an:

Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG, bremenports GmbH & Co. KG, Brunsbüttel Ports GmbH, Duisburger Hafen AG, Hamburg Port Authority AöR, Seehafen Kiel GmbH & Co. KG, Lübeck Port Authority und Rostock Port GmbH.

Kontakt zum Förderverein ProA20 e.V.

Förderverein Pro A20 e.V., c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen;

Tel. 0421/36 37 270; Fax 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com

Foto-Quellen:

Seite 2: Oldenburgische IHK; Seite 4: Privat; Seite 7: Klaus; Seite 9 und Seite 12: Niedersachsen Ports

Redaktion:

Thomas Klaus, Freier Redakteur; Olaf Orb (Förderverein Pro A20 e.V.)